

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	23
A. Einleitung	27
I. Gegenstand der Untersuchung	33
II. Gang der Untersuchung	34
B. Entwicklung des Rechts, über das eigene Leben zu verfügen	63
I. Historisches Verbot der Selbsttötung	63
II. Leben als für den Träger disponibles Rechtsgut	65
III. Entwicklung der Disponibilität des eigenen Lebens im Strafrecht	77
IV. Verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts, über sein Leben und seinen Körper zu verfügen	110
V. Verletzung der Rechte, über sein Leben zu verfügen	156
VI. Zusammenfassung	160
C. Bisherige Rechtsprechung zur Frage, inwiefern das Leben einen ersatzfähigen Schaden darstellen kann	163
I. „Wrongful-birth“ Entscheidungen	163
II. Debatte zu „Wrongful-life“	169
III. Zusammenfassung und Abgrenzung zur rechtswidrigen Lebensverlängerung	204

Inhaltsübersicht

D. Bestimmung des möglichen immateriellen Schadens einer rechtswidrigen Lebensverlängerung	207
I. Rechtswidrige Lebensverlängerung von § 253 Abs. 2 BGB erfasst	207
II. Bestimmung des konkreten immateriellen Schadens	219
III. Zusammenfassung der Erkenntnisse	263
E. Schadensersatz bei Lebensverlängerungen gegen den tatsächlichen oder mutmaßlichen Willen des Patienten	265
I. Vertragliche Ansprüche	265
II. Deliktische Ansprüche	286
III. Keine Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß § 678 BGB	321
IV. Ansprüche aus Bereicherungsrecht	321
V. Zusammenfassung der bestehenden Ansprüche bei Lebensverlängerungen gegen den feststellbaren Willen des Patienten	327
F. Schadensersatz bei nicht feststellbarem Willen	329
I. Vertragliche Ansprüche	329
II. Keine Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	360
III. Deliktische Ansprüche	360
IV. Bereicherungsrechtliche Ansprüche	363
V. Zusammenfassung	363
G. Problemfälle	365
I. Lebensrettende Bluttransfusion gegen den Willen des Patienten	365
II. Unzureichende Aufklärung vor medizinischem Eingriff, der mittelbar lebensverlängernd wirkt bei einwilligungsfähigem Patienten	374
III. Verhinderung der Selbsttötung	379
IV. Verstoß gegen „DNAR-Order“	390
V. Apalliker	391

Inhaltsübersicht

VI. Gescheiterte Beihilfe zur Selbsttötung	392
H. Schlussbetrachtung	393
I. Zum Recht über das eigene Leben zu verfügen	393
II. Zu den „wrongful-birth“ und „wrongful-life“ Entscheidungen	397
III. Immaterieller Schaden bei rechtswidrigen Lebensverlängerungen	398
IV. Zur Lebensverlängerung gegen den Willen des Patienten	401
V. Ansprüche des Patienten in non-liquet Konstellationen	404
VI. Ansprüche bei weiteren Formen von rechtswidrigen Lebensverlängerungen	407
Literaturverzeichnis	413

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
A. Einleitung	27
I. Gegenstand der Untersuchung	33
II. Gang der Untersuchung	34
1. Urteil des Bundesgerichtshofs zur rechtswidrigen Lebensverlängerung	34
a) Zugrundeliegender Sachverhalt	35
b) Rechtliche Würdigung durch den Bundesgerichtshof	36
2. Vorausgegangenes Urteil des Oberlandesgerichts München	40
3. Erstinstanzliche Entscheidung des Landgerichts München I	44
4. Reaktion in der Rechtsliteratur	45
a) Dem Oberlandesgericht München zustimmend	46
b) Dem Oberlandesgericht München widersprechend	47
c) Dem Bundesgerichtshof zustimmend	50
d) Dem Bundesgerichtshof widersprechend	51
e) Differenzierend für den Fall der rechtswidrigen Lebensverlängerung gegen den Willen des Patienten	56
5. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 7. April 2022	57
6. Zusammenfassung der verschiedenen Thesen/aufgeworfenen Fragen	60
7. Erläuterung des folgenden Aufbaus der Untersuchung	61
B. Entwicklung des Rechts, über das eigene Leben zu verfügen	63
I. Historisches Verbot der Selbsttötung	63
II. Leben als für den Träger disponibles Rechtsgut	65
1. Argumentation mit Heiligkeit des Lebens	65
a) Widersprüche der Heiligkeit des Lebens Doktrin	67
b) Prinzip weltanschaulicher Neutralität des Rechts	70
2. Keine absolute Erhaltungswürdigkeit aufgrund der Verfassung	73
3. Zusammenfassung	76

Inhaltsverzeichnis

III. Entwicklung der Disponibilität des eigenen Lebens im Strafrecht	77
1. Verfügungsrecht über das Leben beim straffreien Behandlungsabbruch	77
a) Allgemeine Voraussetzungen des straffreien Behandlungsabbruchs	78
b) Hierarchie der Entscheidungsmaßstäbe beim Behandlungsabbruch	81
aa) Einwilligungsfähiger Patient	81
bb) Kein einwilligungsfähiger Patient	82
cc) Reichweite des Grundsatzes in „ <i>dubio pro vita</i> “	84
(1) Grundsätzlicher Vorrang der Lebensverlängerung	84
(2) Orientierung am besten Interesse des Patienten	87
(3) Stellungnahme	89
dd) Erfordernis einer Genehmigung des Betreuungsgerichts gemäß § 1829 Abs. 2 BGB (§ 1904 Abs. 2 BGB a.F.)	94
2. Diskussion zur Strafbarkeit wegen Unterlassens der Suizidverhinderung	95
a) „ <i>Wittig</i> “ Entscheidung des Bundesgerichtshofs	95
b) Neue Rechtsprechung zur Strafbarkeit wegen Unterlassens der Suizidverhinderung	98
3. Neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu § 216 StGB	104
4. Zwischenergebnisse	108
IV. Verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts, über sein Leben und seinen Körper zu verfügen	110
1. Auffassungen, die ein verfassungsrechtliches Verfügungsrecht über das eigene Leben ablehnen	111
2. Recht auf Behandlungsabbruch	114
a) Herleitung des körperlichen Selbstbestimmungsrechts	114
aa) Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG als körperbezogenes Freiheitsrecht	115
bb) Rolle des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	117
cc) Zusammenfassende Stellungnahme	118
b) Verfassungsrechtliches Recht auf Behandlungsabbruch	120

3. Recht auf selbstbestimmtes Sterben	121
a) Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Art. 8 Abs. 1 EMRK	122
b) Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	123
c) Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit des § 217 StGB a.F.	129
d) Herleitung des Rechts auf selbstbestimmtes Sterben in der Rechtsliteratur	134
aa) Verankerung in Art. 2 Abs. 1 GG	134
bb) Verankerung in Art. 1 Abs. 1 GG	136
cc) Verankerung in Art. 2 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 GG	138
(1) Negative Dimension des Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	138
(2) Herleitung aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG als Freiheitsrecht	139
e) Zusammenfassende Stellungnahme	140
aa) Keine alleinige Verankerung in Art. 2 Abs. 1 GG	140
bb) Keine alleinige Verankerung in Art. 1 Abs. 1 GG	141
cc) Keine alleinige Verankerung in Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	142
dd) Verhältnis von Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG zu Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG für das Recht auf selbstbestimmtes Sterben	146
f) Reichweite des Schutzbereichs des Rechts auf selbstbestimmtes Sterben	147
aa) Einstufung als „ <i>unbenanntes Freiheitsrecht</i> “	148
(1) Keine Beschränkung auf Lebensumstände/ Krankheiten	148
(2) Recht sich der Hilfe eines Dritten zu bedienen	149
bb) Abwehrrechtliche Komponente	150
cc) Schutzrechtliche Komponente	150
dd) Leistungsrechtliche Komponente	152
4. Zusammenfassung der Bedeutung von Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG sowie Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG für Verfügungen über das eigene Leben	155
V. Verletzung der Rechte, über sein Leben zu verfügen	156
1. Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe	156
2. Verbot der aktiven Tötung	157
3. Lebenserhaltung gegen den Willen des Patienten	157
4. Lebenserhaltung ohne den Willen des Patienten	158

Inhaltsverzeichnis

5. Lebenserhaltung gegen den mutmaßlichen Willen des Patienten	159
VI. Zusammenfassung	160
C. Bisherige Rechtsprechung zur Frage, inwiefern das Leben einen ersatzfähigen Schaden darstellen kann	163
I. „Wrongful-birth“ Entscheidungen	163
1. Entscheidungen des Bundesgerichtshofs	164
2. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	165
a) Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993	165
b) Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 1997	166
3. Kritik in der Rechtsliteratur	167
4. Stellungnahme	168
II. Debatte zu „Wrongful-life“	169
1. Entscheidungen des Bundesgerichtshofs	170
a) Ablehnung deliktischer Ansprüche	170
b) Ablehnung vertraglicher Ansprüche	171
c) Ablehnung von Ansprüchen generell	172
2. Beurteilung in der Rechtsliteratur	173
a) Dem Bundesgerichtshof zustimmende Positionen	174
b) Kritik an der Entscheidung des Bundesgerichtshofs	175
aa) Kritik an der Verneinung des haftungsbegründenden Tatbestands	175
bb) Kritik an der Ablehnung eines Schadens des Kindes	176
(1) Anerkennung immaterieller Schäden	179
(2) Anerkennung materieller Schäden	180
c) Stellungnahme	181
3. Debatte in der Philosophie über das Konzept Leben als Schaden	184
a) Längere Lebensdauer als Schaden/Vergleich zur „ <i>Nicht-mehr-Existenz</i> “	185
aa) Bedeutung des Todes	185
(1) Position, Tod stelle kein Übel dar	185
(2) Tod als Übel	187
(3) Zusammenfassende Stellungnahme	191

bb) Möglichkeit der intersubjektiven Bewertung des Lebens als Nachteil	191
(1) „OVT“-Berechnung von <i>Bradley</i> und ähnliche Ansätze	192
(2) Intersubjektive Beurteilung der Nachteiligkeit des Lebens	194
(3) Weitere Präzisierung der Schwelle	197
(4) Keine gesonderte Betrachtung bei Personen, die unwiederbringlich das Bewusstsein verloren haben	200
(5) Zusammenfassung	200
b) Vergleich zur „ <i>Niemals-Existenz</i> “	201
c) Übertragung auf die juristische Ebene	202
4. Zwischenergebnis	204
III. Zusammenfassung und Abgrenzung zur rechtswidrigen Lebensverlängerung	204
D. Bestimmung des möglichen immateriellen Schadens einer rechtswidrigen Lebensverlängerung	207
I. Rechtswidrige Lebensverlängerung von § 253 Abs. 2 BGB erfasst	207
1. Rechtswidrige Lebensverlängerung als Unterfall einer Körperverletzung	208
2. Keine alleinige Betroffenheit des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts bei medizinischen Maßnahmen	208
a) Persönlichkeitsrechtsdoktrin	209
b) Körperverletzungsdoktrin	211
c) Differenzierende Betrachtungsweise	214
d) Stellungnahme	215
3. Zwischenergebnis	219
II. Bestimmung des konkreten immateriellen Schadens	219
1. Gegenüberstellung von Weiterleben und Tod	220
2. Maßgeblichkeit erlittener Schmerzen	221
a) Schmerzen aufgrund der lebensverlängernden Maßnahme selbst	221
b) Schmerzen, die aufgrund des Weiterlebens (fort-)bestehen	222

Inhaltsverzeichnis

3. Schaden aufgrund der Verletzung der körperlichen Selbstbestimmung	223
a) Erfordernis negativer Auswirkung der Behandlung	223
aa) Schmerzensgeldanspruch nur, sofern die Behandlung zu einem Gesundheitsschaden führt	224
bb) Schaden liegt in der rechtswidrigen Behandlung	225
cc) Abweichende frühere Entscheidung des Bundesgerichtshofs	229
dd) Stellungnahme	229
(1) Konkreter Schaden ist klar bestimmbar	230
(2) Rechtspolitische Argumente	231
(3) Grundsatz der mittelbaren Drittwirkung	232
(4) Verfassungsrechtliche Schutzpflicht der Zivilgerichte	233
(5) Zwischenergebnis	238
b) Übertragung auf die rechtswidrige Lebensverlängerung	240
aa) Bedeutung der verfassungsrechtlichen und gesetzgeberischen Wertungen	240
bb) Bedeutung der Sicherung des Vertrauens in den ärztlichen Berufsstand sowie des Arzt-Patienten-Verhältnisses	245
cc) Zwecke des Schadensrechts	247
(1) Ausgleichsfunktion	247
(2) Genugtuungsfunktion	248
(3) Präventivfunktion	251
(4) Stellungnahme	254
dd) Zwischenergebnis	256
ee) Vorteilsausgleichung	256
(1) Grundsätze des Vorteilsausgleichs	257
(2) Anwendbarkeit der Grundsätze der Vorteilsausgleichung auf immaterielle Schäden	257
(3) Berücksichtigung der Lebensverlängerung als Vorteil	260
(4) Zwischenergebnis	262
4. Berechnung der konkreten Höhe der Entschädigung	262
III. Zusammenfassung der Erkenntnisse	263

Inhaltsverzeichnis

E. Schadensersatz bei Lebensverlängerungen gegen den tatsächlichen oder mutmaßlichen Willen des Patienten	265
I. Vertragliche Ansprüche	265
1. Vertrag	265
2. Pflichtverletzung	266
a) Handeln entgegen der gegenwärtigen Ablehnung der konkreten Maßnahme	266
b) Handeln entgegen der Patientenverfügung	267
c) Handeln gegen den mutmaßlichen Willen	268
3. Vertretenmüssen und mögliche Haftungsbeschränkung	269
4. Schaden	272
a) Immaterielle Schäden	272
aa) Schmerzensgeld gemäß § 253 Abs. 1, 2 BGB	272
bb) Keine Entschädigung wegen der Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts	273
b) Materielle Schäden	274
aa) Schutzzweckzusammenhang	274
(1) Ablehnung des Schutzzweckzusammenhangs	275
(2) Annahme eines Schutzzweckzusammenhangs	276
(3) Stellungnahme	277
bb) Anwendung der Differenzhypothese –	
Erforderlichkeit eines normativen Schadensbegriffs?	280
(1) Normativer Schadensbegriff	281
(2) Strikte Anwendung der Differenzhypothese	282
(3) Stellungnahme	282
cc) Umfang des materiellen Schadensersatzanspruchs	284
c) Tötungsobliegenheit gemäß § 254 BGB?	284
5. Vererblichkeit der Ansprüche	285
II. Deliktische Ansprüche	286
1. Ansprüche aus § 823 Abs. 1 BGB (i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)	286
a) Rechtsgutsverletzung	286
aa) Körperverletzung	287
bb) Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	287
(1) Herleitung des Entschädigungsanspruchs wegen einer Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts	287

Inhaltsverzeichnis

(2) Möglichkeit der Geltendmachung einer Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts neben einer Körperverletzung nach § 823 Abs. 1 BGB	289
b) Rechtswidrigkeit	291
c) Verschulden	292
d) Schwerwiegender Verstoß	293
e) Schaden	294
aa) Immaterielle Schäden	294
(1) Schmerzensgeld gemäß § 253 Abs. 1, 2 BGB	294
(2) Entschädigung wegen Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	294
bb) Materielle Schäden	296
f) Vererblichkeit der Ansprüche	296
aa) Vererblichkeit des Anspruchs auf Schmerzensgeld i.S.v. § 253 Abs. 1, 2 BGB sowie von Ansprüchen auf Ersatz von materiellen Schäden	297
bb) Vererblichkeit des Entschädigungsanspruchs wegen der Verletzung ideeller Bestandteile des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts	297
(1) Ablehnende Auffassung des Bundesgerichtshofs	297
(2) Dem Bundesgerichtshof zustimmende Beiträge	300
(3) Stimmen pro Vererblichkeit	301
(4) Stellungnahme	305
cc) Zwischenergebnis	308
g) Zusammenfassung der Erkenntnisse	309
2. Ansprüche aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 223 Abs. 1 StGB (oder § 229 StGB)	309
a) Vorliegen einer strafbaren Körperverletzung	309
aa) Medizinische Maßnahme als strafbare Körperverletzung	310
bb) Ablehnende Stimmen in der Rechtsliteratur	311
cc) Stellungnahme	313
b) Zwischenergebnis	318
c) Immaterielle Schäden	319
d) Materielle Schäden	320
e) Zusammenfassung	320

III. Keine Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß § 678 BGB	321
IV. Ansprüche aus Bereicherungsrecht	321
1. Etwas erlangt durch Leistung	322
2. Ohne Rechtsgrund	323
3. Zusammenfassung	326
V. Zusammenfassung der bestehenden Ansprüche bei Lebensverlängerungen gegen den feststellbaren Willen des Patienten	327
F. Schadensersatz bei nicht feststellbarem Willen	329
I. Vertragliche Ansprüche	329
1. Pflichtverletzung	329
a) Verletzung von § 1828 Abs. 1 S. 1 BGB (§ 1901b Abs. 1 S. 1 BGB a.F.)	330
b) Rechtsnatur des § 1828 Abs. 1 S. 1 BGB (§ 1901b Abs. 1 S. 1 BGB a.F.)	332
aa) Teil der therapeutischen Aufklärung	333
bb) Teil der Einwilligungsaufklärung	333
cc) Stellungnahme	335
c) Anderweitige Übertherapie am Lebensende	338
2. Möglichkeit der hypothetischen Einwilligung	338
a) Grundsätze der hypothetischen Einwilligung	339
b) Kein Verstoß gegen den Grundsatz „ <i>in dubio pro vita</i> “	341
c) Zwischenergebnis	344
3. Vertretenemüssen	344
4. Schaden	345
a) Immaterielle Schäden	345
aa) Betroffenheit von Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG	346
(1) Ausgangspunkt Objektformel	347
(2) Weitere Konkretisierung	351
(3) Keine Objektivierung des Patienten	354
bb) Zusammenfassung	357
b) Materielle Schäden	357
c) Mitverschulden gemäß § 254 BGB?	358
II. Keine Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	360

Inhaltsverzeichnis

III. Deliktische Ansprüche	360
1. Ansprüche aus § 823 Abs. 1 BGB	360
a) Rechtsgutsverletzung i.S.v. § 823 Abs. 1 BGB	360
b) Kausalität und Verschulden	361
c) Schaden	361
2. Ansprüche aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 223 StGB oder § 229 StGB	362
IV. Bereicherungsrechtliche Ansprüche	363
V. Zusammenfassung	363
 G. Problemfälle	365
I. Lebensrettende Bluttransfusion gegen den Willen des Patienten	365
1. Vertragliche Ansprüche	366
a) Pflichtverletzung und Vertretenmüssen	366
b) Mögliche Unzumutbarkeit des Unterlassens der Bluttransfusion	366
aa) Entscheidung des Oberlandesgerichts München	367
bb) Beurteilung in der Rechtsliteratur	368
cc) Stellungnahme	369
c) Schaden	370
aa) Immaterielle Schäden	370
bb) Materielle Schäden	371
cc) Keine Tötungsobligenheit	372
2. Deliktische Ansprüche	373
a) Ansprüche aus § 823 Abs. 1 BGB (i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)	373
b) Ansprüche aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 223 Abs. 1 StGB	374
II. Unzureichende Aufklärung vor medizinischem Eingriff, der mittelbar lebensverlängernd wirkt bei einwilligungsfähigem Patienten	374
1. Immaterielle Schäden	375
a) Anspruch auf Schmerzensgeld	376
b) Entschädigungsanspruch wegen der Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts	377
2. Materielle Schäden	377

III. Verhinderung der Selbsttötung	379
1. Keine freiverantwortliche Selbsttötung	379
2. Freiverantwortliche Selbsttötung	379
a) Vertragliche Ansprüche	379
b) Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	380
aa) Vorliegen der Voraussetzungen von § 678 BGB	380
(1) Führung eines fremden Geschäfts mit Fremdgeschäftsführungswillen ohne Auftrag	380
(2) Entgegenstehen des Willens des Geschäftsführers	381
(a) Auffassungen pro Unbeachtlichkeit des Willens des Suizidenten	381
(b) Auf den Willen des Suizidenten abstellende Auffassungen	382
(c) Stellungnahme	383
(3) Verschulden des Geschäftsführers und Bedeutung des § 680 BGB	384
(a) Keine tatsächliche Gefahr i.S.v. § 680 BGB	384
(b) Keine Anwendbarkeit des § 680 BGB bei Scheingefahr	385
(c) Darlegungs- und Beweislast	387
bb) Schaden	387
(1) Immaterielle Schäden	388
(2) Materielle Schäden	388
cc) Zwischenergebnis	389
c) Deliktische Ansprüche	389
aa) Ansprüche aus § 823 Abs. 1 BGB (i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)	389
bb) Ansprüche aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 229 StGB	390
IV. Verstoß gegen „DNAR-Order“	390
V. Apalliker	391
VI. Gescheiterte Beihilfe zur Selbsttötung	392
H. Schlussbetrachtung	393
I. Zum Recht über das eigene Leben zu verfügen	393
1. Keine absolute Erhaltungswürdigkeit des Lebens	393
2. Einwirkungen des Verfügungsrechts über das eigene Leben auf das Strafrecht	394

Inhaltsverzeichnis

3. Verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts über das eigene Leben zu verfügen	395
4. Verletzung des Rechte, über sein Leben zu verfügen	396
II. Zu den „wrongful-birth“ und „wrongful-life“ Entscheidungen	397
III. Immaterieller Schaden bei rechtswidrigen Lebensverlängerungen	398
1. Schaden ist weder das Leben selbst noch die erlittenen Schmerzen	399
2. Immaterieller Schaden liegt in der Verletzung des körperlichen Selbstbestimmungsrechts	399
3. Längeres Leben ist kein anspruchsmindernder Vorteil	400
IV. Zur Lebensverlängerung gegen den Willen des Patienten	401
1. Materielle Schäden sind ersatzfähig	401
2. Anspruch auf Entschädigung wegen Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts besteht und ist vererblich	402
3. Möglichkeit von Ansprüchen aus § 823 Abs. 2 BGB sowie bereicherungsrechtlicher Ansprüche	403
V. Ansprüche des Patienten in non-liquet Konstellationen	404
1. Kein umfassender Grundsatz „ <i>in dubio pro vita</i> “	404
2. Verschulden regelmäßig schwer zu widerlegen	405
3. Verletzung des körperlichen Selbstbestimmungsrechts liegt vor	405
4. Kein Verstoß gegen die Menschenwürde	405
5. Materielle Schadensersatzansprüche bestehen ebenfalls	406
6. Deliktische sowie bereicherungsrechtliche Ansprüche	406
VI. Ansprüche bei weiteren Formen von rechtswidrigen Lebensverlängerungen	407
1. Bluttransfusion gegen den Willen des Patienten	407
2. Aufgrund unzureichender Aufklärung rechtswidrige lebensverlängernde Maßnahme	408
3. Verhinderung eines freiverantwortlichen Suizids	409
4. Verstoß gegen „DNAR-Order“	410
5. Rechtswidrige Lebensverlängerung eines Apallikers	411
Literaturverzeichnis	413